

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 16.10.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus,
Wappensaal,
Marktplatz
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Herr Marcel Kieslich	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Herr Thomas Schied	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Vertreterin von H.Bönisch
Herr Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Halle (Saale)
Herr Bernward Rothe	SPD-Fraktion Halle (Saale)
Frau Sabine Wolff	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Frau Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Herr Dr. Felix Peter	Sachkundiger Einwohner
Frau Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Frau Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Frau Helga Schubert	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
Herr Jörg Baus	Verwaltung
Frau Susanne Wildner	Verwaltung
Herr Thomas Godenrath	Verwaltung
Frau Dr. Christine Gröger	Verwaltung
Frau Petra Schneutzer	Verwaltung
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. H.-D. Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Frau Elisabeth Krausbeck	Sachkundige Einwohnerin
Herr Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner
Frau Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin
Herr Dr. Toralf Fischer	Verwaltung
Frau Kerstin Riethmüller	Verwaltung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass der Bericht des Jobcenters von der Tagesordnung genommen wird, da die Mitarbeiter des Jobcenters auf Grund einer Weiterbildung heute zur Sitzung entschuldigt sind.

Sie schlug vor, den TOP 9.1. Vorstellung des Fachbereiches Gesundheit mit seinen Aufgaben vor die Behandlung des Haushaltes dieses Fachbereiches zu setzen. Demzufolge wird mit dem TOP 5.1. Haushalt begonnen. Die Bereiche werden einzeln durchgegangen. Begonnen wird mit den Beauftragten, dann der Sozialbereich, dann erfolgt die Vorstellung des Fachbereiches Gesundheit und anschließend die Behandlung dessen Haushaltes. Sie wird die entsprechenden Seiten aufrufen, dazu können Anfragen gestellt werden, die die Verwaltung entweder gleich beantwortet oder mitnimmt.

Antrag Herr Kieslich, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), dass die Behandlung des Haushaltes in 1. Lesung erfolgt.

Dem Antrag von Herrn Kieslich wurde **einstimmig zugestimmt**.

Somit erfolgt heute zum TOP 5.1 die 1. Lesung des Haushaltes.

Frau Haupt rief zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Dieser wurde **einstimmig zugestimmt**.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.09.2014
4. Bericht des Jobcenters Halle (Saale) **abgesetzt**
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00158 **1. Lesung**

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) und des sachkundigen Einwohners Dr. Felix Peter (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets im Bereich Lernförderung
Vorlage: VI/2014/00173
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Mitteilungen
- 9.1. Vorstellung des Fachbereiches Gesundheit mit seinen Aufgaben
- 9.2. Maßnahmenplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: VI/2014/00035
- 9.3. Information zum Schulobstprogramm im Schuljahr 2014/2015
- 9.4. Themenspeicher
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.09.2014

Frau Ranft, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass bei einer Beantwortung von Frau Schneutzer auf Seite 14 sicher aus Versehen das Wort „Energieberatung“ geschrieben wurde.

Die Verwaltung sagte eine Korrektur zu. Mit dieser geringfügigen Änderung wurde die Niederschrift genehmigt.

Zum Inhalt machte **Herr Czock, sachkundiger Einwohner**, die Bemerkung, dass die Thematik zum Betrieblichen Gesundheitsschutz als Thema in den Personalausschuss aufgenommen worden ist. Die Verwaltung hat auf seine Anmerkung aus dem letzten SGGA demzufolge reagiert.

zu 4 Bericht des Jobcenters Halle (Saale)

abgesetzt

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 1. Lesung Vorlage: VI/2014/00158

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, machte auf die Vorgehensweise zur Behandlung der 1. Lesung des Haushaltes aufmerksam. Sie ermutigte die Mitglieder, alle Fragen zu stellen. Die Verwaltung kann dann sofort reagieren. Was nicht zu beantworten ist, wird von der Verwaltung mitgenommen. Wenn sich im Nachgang noch Fragen ergeben, sollten diese so schnell wie möglich an die Verwaltung gegeben werden, damit bis zur nächsten Sitzung alles beantwortet ist. Zum Haushalt der Beauftragten sollte heute aus dem OB-Bereich Herr Rochau kommen und diesen Haushalt vertreten. Da dieser noch nicht anwesend war, wurde mit dem Haushalt des Fachbereiches Soziales begonnen.

Einzelne Mitglieder baten darum, dass die Ausführungen von Herrn Baus kurz gehalten werden, damit bei der Behandlung des Haushaltes mehr Zeit zur Verfügung steht.

Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales, erläuterte anhand einer Präsentation einige wichtige Schwerpunkte, wie die Grundsicherung, Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU), Kosten der Unterkunft (KdU) und das Asylbewerberleistungsgesetz. Bspw. stiegen bei HLU die Kosten, dies resultiert vermehrt aus Zugängen insbesondere von Personen, die den Vorruhestand wählten und deren Rente nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Grundsicherung im Alter weist ebenfalls eine Steigerung auf. Der Bund refinanziert das zu 100%, ansonsten wären die Städte dadurch Pleite gegangen. Kosten der Unterkunft sagen bei einer Hochrechnung für dieses Jahr 73,2 voraus und für 2015 sind im Haushalt 71,9. Er verlas zum Thema einen Artikel aus dem „Spiegel“. Bei den Kosten der Unterkunft sind die Nebenkosten zur Miete drin (Grundsteuer, Wasser, Abwasser). Die Präsentation wurde zur Sitzung hinterlegt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, verwies darauf, dass 84% der Betriebskosten, die die Kommune in dem Bereich umlegt, von der Stadt selber erhobene Kosten sind. Das heißt Wasser, Abwasser, Müll usw.

Herr Baus wies daraufhin, dass der Bund avisiert hatte, seine Beteiligung zu erhöhen. Der Bund wollte die Kommunen entlasten, wie die Diskussion um den Koalitionsvertrag gezeigt hatte. Aus diesem Grund wollte er ein Bundesteilhabegesetz schaffen, um die Kommunen bei der Eingliederungshilfe zu entlasten. Im Land Sachsen-Anhalt ist es so, dass das Land die Kosten der Eingliederungshilfe voll übernimmt und deswegen hat der Finanzminister angekündigt, diese Mittel vom Bund nicht an die Kommunen weiterzuleiten. Da bleibt es spannend, ob dies so umgesetzt wird.

Herr Baus ging auf die Kosten entsprechend des Asylbewerberleistungsrechtes ein. Im August 2014 war soweit noch alles klar, das Land macht immer eine Prognose, diese belief sich ursprünglich auf 25 – 35. Diese Prognose ist wichtig für seinen Fachbereich, da natürlich die Unterbringung von Asylbewerbern immer geplant werden muss. Die Asylbewerber werden von Halberstadt zugewiesen und dann werden diese erst in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. So schnell als möglich sollen diese in Wohnungen dann untergebracht werden. Das ist ein rotierendes System, insgesamt hat er da 350 Plätze. Es wird also entsprechend geplant. Es sind immer Vorhaltekosten, die er knapp kalkuliert, damit diese nicht ins Unendliche steigen. Er räumte ein, zu knapp kalkuliert zu haben. Ab August hat das Land seine Prognose auf 70 erhöht, da fingen dann die Schwierigkeiten an. Es wurde angekündigt, dass 70 Personen aufzunehmen sind. Diese Personen konnten nicht mehr in den Gemeinschaftsunterkünften unterkommen, demzufolge musste nach einer Lösung gesucht werden. Zu einer Wohnungsanmietung wird eine ausgestattete Wohnung (Küche, Bett, Waschmaschine) und keine leere Wohnung erwartet. In der Trakehner Straße wurden über Makler 10 Wohnungen angemietet und es wird nochmals eine Anmietung von 10 Wohnungen erfolgen, bis eine größere Ausschreibung kommt. Dann sind sie wieder in normalen Bahnen. Der Präsident des Deutschen Städtetages geht davon aus, dass im nächsten Jahr in Deutschland 220 – 230.000 Flüchtlinge sein werden. Die Prognose des Landes hierfür bleibt abzuwarten. Mit dem hiesigen Personalbestand wird er diese Aufgabe nicht lösen können.

Frau Haupt dankte für die Ausführungen von Herrn Baus und stellte Rückfragen dazu frei.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte zur Tabelle der Auflistung der Ausgaben aus der Präsentation an. Wie war es im Jahr 2013 und wie ist das IST im Jahr 2014 zum letztmöglichen Tag, das könnte noch mit aufgenommen werden.

Herr Kogge sprach an, dass es die Mitteilung von Herrn Geier gab, dass er in den nächsten Tagen den Abschluss von 2014 den Mitgliedern des Stadtrates zukommen lässt.

Frau Simon, Controllerin Geschäftsbereich Bildung und Soziales, ergänzte, dass die Kämmerei dies gerade bearbeitet. Das vorläufige IST soll der 31.12.2013 und das IST der 30.09.2014 sein, was noch zur Verfügung gestellt wird. Die Geschäfts- und Fachbereiche sind gebeten worden, in den nächsten Sitzungen der Ausschüsse die Prognosewerte nach Produkten darzustellen. Sie vermutet, dass die Unterlagen in den nächsten Tagen in den Fraktionen eingehen werden.

Herr Schachtschneider fragte zur Trakehner Straße, Asylbewerber, an. Das ist ein Investor, welcher dort diese Wohnungen zur Verfügung stellt. Von den Anwohnern wird dies mit großer Sorge beobachtet, dass in unsanierten Bauten sich hier etwas tut. Es erfolgt damit wieder eine Konzentration in bestimmten Gebieten.

Frau Haupt sprach an, dass sie dies nachher unter dem TOP Mitteilungen behandelt wissen möchte, da dies nichts mit dem Haushalt unmittelbar jetzt zu tun hat. Dies wird später aufgerufen und Herr Baus wird dazu aktuell informieren.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, ging auf die Präsentation ein. Der Asylbewerberzustrom nimmt zu, wie den Nachrichten auch zu entnehmen ist und es ist davon auszugehen, dass aus den Kriegsgebieten ein Zustrom nach Deutschland erfolgen wird und wir damit höhere Ausgaben haben werden, die mit diesen Mitteln nicht zu decken sind. Was für Überlegungen gibt es jetzt bereits hierzu? Dazu kann auch unter Mitteilungen informiert werden.

Frau Wolff fragte zu der Präsentation Wohngeld an, hier gab es eine gute Auflistung. Sie hat erfahren, dass der Aufwand zur Bearbeitung der Wohngeldanträge sehr hoch ist, da diese zu

dem Antragsteller zurückgesendet werden, sobald etwas fehlt. Wieviel wird an Verwaltungskosten gezahlt, um diese Anträge zu bearbeiten und zu bescheiden?

Herr Baus antwortete, dass 18 Mitarbeiter damit betraut sind.

Frau Haupt stellte fest, dass es keine weiteren Rückfragen zur Präsentation gab und ging jetzt dazu über, die einzelnen Seiten des Haushaltes anzusagen.

Seite 1028 Gesamtübersicht des Fachbereiches Soziales

Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte zur Zeile 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen an. Die steigt jedes Jahr. Welche Begründung gibt es dafür, dass sich das so steigert. Von 13 auf 18 sind 5 Mio. Euro.

Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales, antwortete, dass in den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sich u.a. auch die Leistungen, die wir vom Bund als Erstattungsleistung für die Kosten der Unterkunft bekommen widerspiegeln. Mit diesen Steigerungen wird gerechnet.

Frau Ranft, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte zur Zeile 10 Personalausgaben an, da sich diese auch steigern. Welche Erklärung gibt es hierfür?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass es sich dabei um die Tarifierhöhungen handelt.

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), verwies darauf, dass dies in anderen Bereichen noch viel stärker auftritt. Es ist aufgefallen, dass die Steigerung der Personalkosten durch die Senkung der Sachkosten teilweise aufgefangen werden. Das muss generell diskutiert werden. Wie lange soll das noch gehen, dass Personal vorgehalten wird, aber kein Geld für Inhalte mehr da ist?

Anfrage Herr Schachtschneider zur Nummer 16 Bilanzielle Abschreibungen. In 2013 waren 71.928 Euro und ab dem Planansatz 2014 sind nur noch Nullen hinterlegt. Dies möchte er erläutert haben.

Die Verwaltung wird diese Anfrage schriftlich beantworten.

Frau Simon sprach an, dass zu den Personalaufwendungen und zu den Aufwendungen, die über den Fachbereich Immobilien- und Bewirtschaftungsmanagement laufen keine Aussagen getroffen werden können. Die werden über die Geschäfts- und Fachbereiche nicht bewirtschaftet und auch nicht im Haushalt eingestellt. Die heute auftauchenden Anfragen zu diesen Aufwendungen werden über den Geschäftsbereich auch weitergegeben.

Frau Haupt sprach an, dass die Beantwortungen bis zur nächsten Sitzung vorliegen sollten und auch die entsprechenden Vertreter an dieser Sitzung teilnehmen sollten, damit alle Fragen geklärt sind bis zur Beschlussfassung. Sie setzte die Behandlung des Haushaltes unter Aufruf der Seiten fort.

Seite 1029/1030/1031 Hilfe zum Lebensunterhalt

Frau Haupt fragte zu den laufenden Leistungen Seite 1029 an. Hier sind Aufwüchse zu sehen, wie verhält sich das?

Frau Winter antwortete, dass zum Einen hier ein Fallzahlenanstieg ist, wo Regelleistungen, KdU-Leistungen gezahlt werden müssen und zum Anderen müssen aber auch die

Krankenkassenbeiträge übernommen werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, ergänzte, dass es fallbezogen gestiegene Kosten auf Grund verschiedener Personenzahlen sind.

Herr Kieslich, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), fragte zur Begrifflichkeit „Pseudoleistung“ an.

Frau Winter erläuterte, dass Pseudoleistungen Personal- und Sachkostenleistungen sind, die im Prinzip auf alle Produkte umgelegt werden. Gerade bei der HLU und Asylbearbeitung erfolgt dies anteilig und das wird umgelegt auf diese Produkte.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), warum steigen diese Pseudoleistungen so?

Frau Winter antwortete, dass Personalkosten mit drin sind und gerade für HLU und den Asylbereich auf Grund der steigenden Fallzahlen mehr Personal erforderlich war.

Seite 1032/1033/1034 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Frau Haupt fragte an, ob es sich hier um einen Durchlaufposten handelt und nur die Personalkosten drin sind?

Frau Winter antwortete, dass dies eine 100%ige Erstattung durch den Bund ist. Die Personalkosten hat die Kommune, das geht über das Finanzausgleichgesetz (FAG). Darauf war vorhin Herr Baus in der Einführung eingegangen.

Frau Haupt fragte nach der Aufschlüsselung der FAG-Leistungen. Was kommt hier an Leistungen überhaupt an?

Herr Kogge antwortete, dass diese Frage durch den Finanzbereich beantwortet werden muss.

Seite 1035/1036 Hilfen zur Gesundheit

Es gab keine Anfragen.

Seite 1037/1038 Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung

Frau Haupt fragte an, ob auch hier die Fallzahlen steigen?

Frau Winter bejahte das.

Herr Kieslich, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), fragte an, warum die Fallzahlen steigen.

Frau Winter antwortete, dass zum Einen die Werkstätten für Behinderte hier sind und dass diese Menschen auch hier leben.

Herr Baus ergänzte, dass hier auch die demografische Entwicklung gesehen werden muss. Die jüngeren Personen ziehen den Jobs hinterher und die Älteren sind hier geblieben. Dies ist nicht nur in Halle sondern überall die gleiche Situation.

Frau Winter sagte zu, sich zu den Hintergründen kundig zu machen. Die Frage wird noch beantwortet.

Seite 1039/1040 Hilfe zur Pflege

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte zur Seite 1040, Zeile 13, Transferaufwendungen an. Im Ergebnis waren 109.919 Euro und dann sind es überall nur noch 1000 Euro.

Frau Winter antwortete, dass auch Hilfe zur Pflege vom Land zu 100% übernommen wird, da haben wir keine Aufwendungen mehr, was in diesem Posten drin wäre. Wir haben die Renten von den Personen eingenommen die Hilfe zur Pflege erhalten. Bis zur Umstellung der Übernahme durch das Land. Die Renten, die hier noch eingegangen waren, mussten noch ausgezahlt werden. Das sind diese 109.919 Euro. Jetzt sind nur noch die 1000 Euro drin, falls irgendwelche Sachen noch nachgezahlt werden müssen.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte zu den Zahlen an. Die 109.919 Euro müssten ja ein Ertrag sein. Bei ordentlichen Erträgen sind nur 40.000 Euro und hier zahlen wir 109.919 Euro aus. Dies möchte er erläutert haben.

Frau Winter antwortete, da hat sie aus 2012 noch Einnahmen drin, die 2013 mit ausgezahlt wurden.

Seite 1041/1042 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale), fragte zur Seite 1042, Zeile 13 Transferaufwendungen an. Es geht um die Zuschüsse an die Träger der freien Wohlfahrtspflege. Haben die nicht auch Tarifsteigerungen? Den Ansätzen ab 2014 ist dies nicht zu entnehmen, da gleichbleibende Summe.

Frau Winter antwortete, dass nur das verteilt werden kann was zur Verfügung steht.

Herr Kogge ergänzte, dass es einen Mehrjahresvertrag gibt, diese Summe wurde für diesen Bereich festgelegt.

Seite 1043/1044 Leistungen nach dem SGB II

Frau Haupt fragte zur Seite 1044, zur Spalte 14, Sonstige ordentliche Aufwendungen an. Hier geht es um die Mittel der Kosten zur Unterkunft (KdU). Da wurde im Planansatz weniger eingestellt, als im vergangenen Jahr. In der Diskussion in den letzten Jahren wurde immer deutlich, dass die Mittel nie ausgereicht haben. Reichen die eingestellten Mittel hierfür tatsächlich?

Frau Simon, Controllerin Geschäftsbereich Bildung und Soziales, antwortete, dass für den Haushalt 2015 bestimmte Kriterien besprochen wurden. Wir gehen im Jahr 2015 davon aus, dass es durch das neue Gesetz zum Mindestlohn eine Auswirkung gibt. Es werden Effekte im SGB II-Bereich erhofft. Optional steht für den Bereich Wohngeldhilfe eine Gesetzesänderung an. Das wurde hierbei bereits berücksichtigt. Wenn es zu einer Steigerung der Wohngeldbeträge kommt, dann hat es eine erheblich positive Auswirkung

für die Personen selbst, da diese sich dann nicht die Leistungen über das SGB II einholen müssen, sondern die Finanzierung soll über das Wohngeld erfolgen. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass es eine Fortsetzung für Langzeitarbeitslose geben kann, also für einen bestimmten Personenkreis im SGB II. Nach dem jetzigen Stand sind das dann wieder Entgeltsachen. Das ist unser Problem, dass das Instrument Entgeltfinanzierung/finanzierte Maßnahmen komplett 2014 entfallen ist und das soll wieder aufgenommen werden. Das ist alles bereits betrachtet worden. Unter diesem Gesichtspunkt steht da ein Volumen zur Verfügung von 71,9 Mio. Euro. Das ist Bestandteil dieser Summe von 78.798.512 Euro.

Herr Kogge ergänzte, dass damals angenommen wurde, dass der Rückgang der 1000 Bürgerstellen nicht in der Größenordnung erfolgt, wie es gegenwärtig ist. Es muss geschaut werden, wie auf diese Entwicklung reagiert wird. Gegenwärtig kann hier noch nicht abgeschätzt werden, was bis Ende des Jahres passiert.

Frau Frau Haupt sprach an, dass sie davon ausgeht, dass auch hier die Ist-Zahlen 2013/2014 noch an die Stadträte gehen. Die Zahlen 2013 sind zwar enthalten, aber die Zahlen sollten mit einem aktuelleren Stichtag noch vorliegen.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte zur Seite 1043, 3. Zeile, zu den Miet- und Energieschulden an. Die Zahl 20.000 Euro kommt ihm etwas klein vor, da möchte er den Ist-Stand. Wie kommt man zu dem Planansatz von 2015, nimmt man an, dass da alle Schulden zurückgezahlt sind und sogar noch ein Überschuss von 5.000 Euro da ist.

Frau Simon sprach an, dass dies nochmal angeschaut wird und eine Beantwortung erfolgt.

Frau Winter erläuterte hierzu, dass dies eigentlich Netto ist, was unten steht. Ausgabenbezogene Leistungsbeteiligung an KdU, nämlich die Übernahme von Miet- und Energieschulden. Da ist ein Planansatz von 265.000 Euro drin und für die Rückzahlung von Hilfen gehen wir von 270.000 Euro Einnahmen aus. Auch da ist es so, dass die Darlehen, welche für Miet- und Energieschulden ausgereicht werden über mehrere Jahre laufen. Die Rückzahlung, die wir in 2015 einnehmen, resultiert im Wesentlichen aus den Vorjahren. Die Ist-Zahlen werden noch geliefert.

Frau Ranft, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte zur Seite 1043, 1. Zeile an, ob dies auch mit der Gesetzesänderung zusammenhängt?

Dies wurde bejaht.

Frau Ranft fragte zur 2. Zeile Umzugskosten an. Hier ist eine Steigerung zu verzeichnen. Wird mit mehr Umzügen in 2015 gerechnet?

Frau Winter antwortete, dass immer eine Anpassung an das voraussichtliche IST erfolgt. In diesem Jahr ist auch wieder ein kleiner Aufwuchs drin. Im Plan kann das noch nicht enthalten sein, da erst die Hochrechnung abgewartet werden musste.

Herr Kogge ergänzte, dass wir hier auf das voraussichtliche IST 2014 reagiert haben. D.h. wir wissen, dass wir an dieser Stelle überziehen, haben gegenseitige Deckung und deswegen wurde der Haushalt 2015 an das voraussichtliche IST 2014 angepasst. Es ziehen mehr Personen um.

Frau Ranft wollte wissen, ob bekannt ist, warum mehr umgezogen wird.

Herr Kogge antwortete, dass zur Frage des Wohnens im SGB II aus verschiedenen

Gründen ein Wechsel gelegentlich oder auch häufiger vorkommt.

Herr Kieslich, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), fragte an, ob dieser Personenkreis zum Umzug aufgefordert wird.

Herr Kogge antwortete, weil einer mehr in der Bedarfsgemeinschaft ist oder einer weniger kann keine Aufforderung zum Umzug erfolgen. Der Umzugswille von SGB II-Personen ist etwas höher.

Seite 1046/1047 Bildung und Teilhabe nach dem SGB II

Frau Ranft, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, hier wird keine Steigerung geplant, woraus resultiert dies?

Frau Simon antwortete, dass die Zahlen von Bildung und Teilhabe (BuT) immer gekoppelt sind an die Zahlungen der Kosten für Unterkunft und Heizung. Der Gesetzgeber ist so herangegangen, dass er im Jahr 2010 für das Jahr 2011 eine Formel entwickelt hat, die da sagt, bestimmte prozentuale Anteile der Ausgaben der Kosten der Unterkunft werden dann finanziert für Bildung und Teilhabe. Deshalb können wir hier im eigentlichen Sinn nicht anhand von Fallzahlen planen, sondern wir planen anhand der Ergebnisse die uns aus den Überweisungen zu den Kosten der Unterkunft vorliegen. Und so wie sich die Kosten der Unterkunft von den Zahlen her entwickeln, entwickelt sich Bildung und Teilhabe. Es ist allerdings zu sagen, dass es die Information seitens des Landes gibt, dass Dinge, welche zusätzlich beantragt werden und uns finanziell belasten (die Kommune geht in Vorleistung), übernommen werden. Und immer wenn der Abgleich erfolgt zum 15. März 2015, d.h. die Daten dazu müssen an das zuständige Ministerium für Arbeit und Soziales gegeben werden, dann sieht das Land, dass die Kommune mehr ausgegeben hat, als sie an Kosten erhalten hat, oder umgedreht, dann erfolgt die Verrechnung über die Kosten der Unterkunft. Bis jetzt ist dadurch die Auskömmlichkeit gesichert. Das ist sehr wichtig, da wir sehr viel Werbung für Bildung und Teilhabe betreiben und zu den Kommunen gehören, die jetzt in die Lage kommen, mehr Mittel zu brauchen.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte nach der Differenzgröße. Bei KdU ist dies flächenbezogen, bei allem Anderen ist dies Fallzahlenbezogen. Wie groß ist die Differenz, was die Kommune vorstrecken muss, was wir vom Land zurück erhalten?

Frau Simon sprach an, dass dies falsch verstanden wurde. Die Umzugskosten haben damit gar nichts zu tun. Es geht wirklich nur um die Kosten der Unterkunft und Heizung, das ist getrennt zu betrachten. Das sind zwei verschiedene Leistungen, die Umzugskosten interessieren den Bund da nicht, die sind zusätzlich. Monatlich haben wir eine Ausgabe von ca. 6 Mio. Euro, was auch schwankt. Das Land rechnet jeden Monat anhand dieser Größenordnung die Landeszuweisungen, die Bundesmittel und Bildung und Teilhabe monatlich aus.

Herr Kogge sprach an, dass wir das finanzieren, wenn wir mehr bei Bildung und Teilhabe ausgeben. Das wird dann am 15. März des nächsten Jahres wieder ausgeglichen.

Herr Schachtschneider fragte nach der Größe der Zahl hierfür.

Frau Winter antwortete, dass im Jahr 2013 die 136.000 Euro, was im Jahr ausgegeben wurde, zurückgezahlt wurden.

Herr Schachtschneider fragte an, ob die Zinsen auch erstattet werden.

Dies wurde von **Herrn Kogge** verneint.

Seite 1048 Beratungsverbund Haus der Jugend

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass hier nur Miet- und Sachkosten drin sind.

Herr Kogge sprach an, dass alles andere die jeweiligen Haushaltsstellen sind, wo die Mitarbeiter sitzen. D.h. wenn die BAföG-Mitarbeiter dort ihre Sprechstunden abhalten, sind die nicht hier drin, sondern im Bereich Dienstleistungszentrum BAföG. Finanziell ist hier nur der Miet- und Sachkostenanteil enthalten.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), hatte eine Anfrage zur Nr. 10 Personalaufwendungen. Ist hier das gesamte Jahr 2013 drin und 2014 und sind hier die tariflichen Steigerungen drin oder ist das mehr Personal?

Frau Winter antwortete, dass nicht mehr Personal da ist. Diese Frage wird an den Personalbereich weitergegeben.

Seite 1050 - 1053 Hilfen für Asylbewerber

Frau Ranft, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach an, dass in der letzten Sitzung vom Fachbereich Soziales zum Finanzausgleichgesetz (FAG) erwähnt wurde, dass die Fallpauschale wirtschaftlich ungünstiger ist für die Stadt. Gibt es zwischenzeitlich vom Land hierzu eine Änderung.

Herr Kogge antwortete, dass es noch keine Festlegung gibt, welcher Weg gegangen wird. Die Fallpauschale ist für die Kommune ungünstiger, weil es mehr Masse betrachtet. Wir benötigen die Realkosten. Wir vertrauen darauf, dass wir die Mittel wiederbekommen, die wir jetzt auslegen. Wir hoffen, dass wir 2 Jahre später den Ausgleich vom Land überwiesen bekommen.

Seite 1054 Wohnsozialisierungshilfe

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, wies darauf hin, dass es sich hierbei um das Haus der Wohnhilfe handelt.

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale), fragte zum Gender Budgeting an. Das weicht manchmal erheblich ab, weiblich und männlich. Plant die Verwaltung speziell im Sozialbereich da ein Resümee aus dieser Auflistung?

Herr Kogge signalisierte, dass die Frage nicht verständlich ist. Im Obdachlosenbereich sind einfach mehr Männer.

Frau Simon sprach an, dass die Verwaltung in diesem Jahr viel Zeit aufgewendet hat, um das Gender Budgeting zu bearbeiten. Es ist nicht überall eine vorhandene Datenlage da oder es gibt vorgegebene Datenlagen, zu denen das Land angefragt werden muss. Da kann auch nichts zusätzlich hinzukommen, da dies auch etwas mit Voraussetzungen zu tun hat. Gemeinsam mit Frau Wildner wird hieran stringent gearbeitet. Dies wird hier erstmal nur mit dem Haushalt ausgewiesen, was hier sichtbar ist. Die Frage von Frau Ranft, ob dies mehr zu

den weiblichen oder männlichen Personen fließt, hat natürlich dann einen fachlichen Aspekt. Bei den Obdachlosen haben wir mehr Männer als Frauen, was verschiedene Gründe hat. Über den Haushalt hinaus sind natürlich fachliche Auseinandersetzungen künftig notwendig und da sind wir im Gespräch, da wir jetzt am Anfang sind.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte an, bei den weiblichen Asylbewerbern sind nach den Zahlen auch nur halb so viel da wie männliche. Für ihn sind das Hilfen für Personen, die bedürftig sind. Er sieht das sächlich. Wieso wird hierfür so viel Zeit verwendet?

Frau Simon machte darauf aufmerksam, dass Gender Budgetin am Anfang ist und geschaut werden muss, woher die Daten bekommen werden können. Gerade im Schulbereich ist dies nicht ganz einfach. Dann sind es oft Daten, die mehrere Jahre zurückliegen, weil beim Statistischen Landesamt da auch andere Zeitregularien sind. Das musste erst gefiltert und aufgenommen werden und mit den Kollegen und Netzwerkpartnern abgestimmt werden, das ist anfangs schon ein Aufwand. Wenn wir im Geschehen drin sind, wird dies sicher laufen. Sie verwies auf die Beschlussfassung im Stadtrat hierzu.

Herr Schachtschneider merkte an, dass er dann in einigen Jahren anfragen kann, was dies gebracht hat.

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte, was wir für Schlussfolgerungen daraus ziehen und woran gearbeitet wird.

Herr Kogge antwortete, dass nur an der Erhebung von Zahlen gearbeitet wird.

Es gab eine kurze Diskussion zum Gender Budgeting und der Beschlussfassung hierzu.

Frau Haupt beendete die Diskussion, indem sie darauf verwies, dass dies heute nicht umfassend geklärt werden kann und angedeutet wurde, in welche Richtung es geht.

Seite 1056 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass hier der gleiche Satz wie im vergangenen Jahr steht.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte an, wieso bei den freien Trägern keine Tarifsteigerung vorausgesetzt wird und seit Jahren wird diesen immer dasselbe gezahlt. Wie sollen diese die Aufwendungen von sich aus tragen? Präventive Dinge sollen eine größere Rolle spielen, wie soll das so umgesetzt werden?

Frau Ranft, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ergänzte, dass der Planansatz 2014 zu 2015 gleich ist, aber gegenüber 2013 erheblich reduziert wurde. Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), sprach an, dass in anderen Bereichen das „Gießkannenprinzip“ angewendet und 15% gekürzt. Er heißt dies nicht gut, aber in anderen Bereichen kürzt man einfach.

Frau Ranft wies darauf hin, dass aber auch die Sach- und Dienstleistungen reduziert wurden.

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), äußerte sich auch zur Problematik. Bei den städtischen Einrichtungen wurden radikal die Sachkosten gekürzt und 1:1 ist das auf die Personalkosten umgelegt worden. Wenn ein freier Träger einen konstanten Betrag erhält, ist dies sicher nicht schön, aber es geht Allen ähnlich. Sie sieht

keine Veranlassung an diesem Haushalt etwas zu verändern, wenn es so ist wie es ist.

Herr Kogge sprach an, dass versucht wurde, denselben Betrag zu verteidigen, Kürzungen wurden nicht vorgenommen. Er bekräftigte die Aussage von Frau Dr. Wünscher, dass steigende Mittel in einem Bereich dann die Sachkosten im anderen Bereich „auffressen“. Hier ist eine große Mischung von verschiedenen Bereichen drin. Die Frage der Auskömmlichkeit ist demzufolge immer schwer zu diskutieren. Es wurde hier aufgezeigt, was wir ausgeben können und mehr ist nicht drin.

Frau Wolff wies darauf hin, dass im Drogenbereich ein Aufwuchs mit Crystal meth ist und die Versorgungsleistungen müssen trotzdem gemacht werden. Es gibt jetzt einen Arzt, der vorerst kostenfrei arbeitet indem er Untersuchungen macht. Bis zur nächsten Sitzung kann ja überlegt werden, ob bei diesem Produkt ein Antrag gestellt wird.

Seite 1059/1060 Bildung und Teilhabe § 6b Bundeskindergeldgesetz

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale), fragte an, ob es realistisch ist, dass mit keiner Steigerung der Fallzahlen zu rechnen ist?

Frau Simon antwortete, dass dies grundsätzlich bei Bildung und Teilhabe so ist, dass wir hier nicht nach Fallzahlen arbeiten. Es gilt das Gleiche wie vorhin zu BuT.

Seite 1061/1062 Wohngeld

Es gab keine Anfragen.

Seite 1063/1064 Sonstige soziale Angelegenheiten

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass hier der Halle-Pass mit enthalten ist. Es wird an anderer Stelle noch über den gemeinsamen Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nochmal geredet werden. Nicht enthalten sind die Mittel für den Halle-Pass (G). Wenn das gewollt ist, muss das beantragt werden.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte zur Seite 1063, 3. Zeile, Sozialplanung und Fachcontrolling an. Hat eine Steigerung im Controlling von 2014 zu 2015 den Hintergrund, dass hier nach Mitteln gesucht werden soll?

Frau Winter antwortete, dass zu den Leistungen der Sozialplanung/Fachcontrolling ein Personalkostenaufwuchs zu der Stelle „Haus der Jugend“ mit drin ist.

Herr Schachtschneider fragte zur S. 1063, Zeile 4, Schuldner- und Insolvenzberatung an, Hier verringert sich der Ansatz, erwartet man weniger Schuldner?

Herr Kogge antwortete, dass hier eine Stelle abgebaut wurde und einem freien Träger eine weitere gegeben wurde.

Herr Schachtschneider wollte wissen, ob dies wirklich 80.000 Euro waren?

Dies wurde von **Herrn Kogge** bestätigt.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach die Kultur GmbH Zoo zum Halle-Pass an. Ist es so, dass dies so weitergeht und schon vorsorglich die

Mittel zum Halle-Pass nicht eingestellt werden? Es könnte auch gesagt werden, dass dies von den Einrichtungen nicht übernommen wird, da ja die Beiträge geleistet werden und die Stadt das übernehmen soll.

Herr Kogge antwortete, dass der Halle-Pass die Möglichkeit ist, zu dokumentieren, dass Menschen in einer gewissen Lebenslage eine gewisse Einkommens- und Finanzsituation haben. Und dieser Halle-Pass an sich ist eigentlich ein Wert. Da gibt es Unternehmen, die noch nie Ausgleich gemacht haben, die hier berücksichtigt werden. z. B. hat IRIS-Regenbogen hier Dinge aufgenommen. Oder es gibt Unternehmen, die vorher Mittel bekommen haben (Zoo), da wurde festgelegt, dass keine Erstattung gemacht wird, sondern der ZOO dies selber erwirtschaften muss. Der ZOO hat die Gelder von der Kommune nicht mehr bekommen. Es ist nicht so gedacht gewesen, dass jetzt der Halle-Pass eingestellt wird. Es ist für jedes Unternehmen die Möglichkeit gegeben, selber sozialpolitisch tätig zu werden und selber diesen Halle-Pass zu akzeptieren und anzuerkennen und selber die Eintrittspreise für diesen Personenkreis im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten zu senken. Manche Unternehmen machen das. Früher hat die Kommune den Einrichtungen die Mittel ersetzt, diese Möglichkeit gibt es nicht mehr. Es gibt sehr positive Einrichtungen, bspw. die Stadtbibliothek, da läuft das über den Förderverein. Es gibt viele Bereiche, wo dies läuft. Er sieht keine Möglichkeit, unter den jetzigen Rahmenbedingungen, dies wieder in den Haushalt aufnehmen zu können.

Frau Simon wies darauf hin, dass auch Teile aus dem Halle-Pass über Bildung und Teilhabe finanziert werden. Der größte Anteil, der finanziert wird, ist das Mittagessen, dieses wird komplett über BuT finanziert. Der Halle-Pass ist eine freiwillige Leistung und diese stand zuerst auf dem Prüfstand.

Seite 1065/1066 Wohn- und Unterhaltssicherung

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass dies jetzt im Planansatz mit Nullen hinterlegt ist.

Frau Winter erklärte, dass dies jetzt weg ist. Wohngeld hat jetzt ein eigenes Produkt.

Seite 1067 Soziale Nachhaltigkeit

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass hier auch nur Nullen enthalten sind.

Es gab keine Anfragen.

Seite 1068 Fachbereich Soziales Investitionen Gesamtübersicht

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass ab Seite 1068 ff. der Bereich Investitionen sehr übersichtlich ist. Da braucht nicht viel diskutiert werden.

Es gab keine Anfragen.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, rief die **Stellenübersicht Seite 1326/1327/1333** auf.

Frau Haupt erwähnte, dass der Ausschuss zur nächsten Sitzung Vertreter aus dem Personalbereich dabei haben möchte.

Sie interessiert der Vergleich der Stellen 2014 zu 2015. Sie hat das Gefühl, dass sie andere Zahlen aus 2014 hat, aber dies würde ihre Fraktion nochmal genau aufschreiben.

In dem Fachbereich ist ja eine Organisationsuntersuchung. Sind diese Schlussfolgerungen hier bereits mit drin?

Herr Kogge antwortete, dass dies noch nicht drin sein kann.

Frau Simon, Controllerin Geschäftsbereich Bildung und Soziales, sprach an, dass mit dem Unternehmen, welches die Organisationsuntersuchung durchführt, vereinbart war, dass bis Mitte Oktober das Endpapier vorliegt. Dann gibt es die interne Beratung und dann muss dies auch in die Gremien.

Frau Haupt sprach an, dass dies doch aber für das nächste Jahr mit hier rein müsste.

Herr Kogge visierte an, dass das Ergebnis für den Ausschuss für Personalbedarfsplanung vorliegen wird.

Frau Haupt möchte in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses hierzu Informationen.

Frau Simon teilte mit, dass der Ansatz ist, dass Herr Geier und Herr Kogge im Ausschuss für Personalbedarfsplanung dazu sich äußern werden.

Herr Kogge sagte zu, dass er im nächsten SGGA hierzu etwas sagen wird, da vorher der Ausschuss für Personalbedarfsplanung getagt hat.

Frau Ranft , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte zur Seite 1326 den Stellen „Sachbearbeiter/in Widersprüche“ an. Da sind 5 Stellen drin und in diesem Jahr sind hier Nullen. Wie verhält sich das. Ist das eine Umstrukturierung?

Diese Frage wird mitgenommen und beantwortet.

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte zum Haushalt an, wo sie die „Schöpfkelle“ und die „Pustebblume“ findet?

Frau Haupt antwortete, dass dies hier noch gar nicht enthalten ist, da ja erst über die Gesamtsumme entschieden wird, das sind die 1,7 Mio. Euro. Und später wird in einer anderen Sitzung dann über die Verteilung der Summe gesprochen.

Frau Dr. Wünscher fragte an, ob sich die Gesamtsumme verändert hat.

Herr Kogge antwortete, dass diese gleich geblieben ist.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte an, ob bei dem Produkt Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege nicht die Anmerkung „Pustebblume vertragliche Regelung“ da rein müsste. Viele wissen noch, dass diese hier eine vertragliche Regelung von 25.000 Euro als Zuschuss haben, Andere wissen das nicht.

Frau Simon äußerte sich grundsätzlich noch einmal dazu. Jetzt werden ausschließlich die Gesamtkosten hierzu im Haushalt gesehen. Die Fördermittelvorlage kommt gesondert, dann ist das nochmal zu diskutieren, wie die Summen vergeben werden. Bei der Pustebblume ist das relativ übersichtlich. Wir wissen noch gar nicht, welche Träger welchen Antrag stellen.

Dann kommt dies in den Ausschuss und dann wird über die Mittelvergabe entschieden.

Herr Kogge sprach an, dass die Beigeordneten aufgefordert worden sind, verantwortlich im Geschäftsbereich Kürzungen vorzunehmen, in einer Größenordnung, welche vereinbart worden war. Er hat an manchen Stellen gekürzt, dafür an anderen Stellen nicht. Dies war nicht einfach, für andere Beigeordnete auch nicht.

Frau Haupt sprach an, dass der Haushalt für den Fachbereich Soziales in 1. Lesung heute behandelt worden ist. Sie rief jetzt den Haushalt der Beauftragten auf. Der Vertreter aus dem OB-Bereich ist noch nicht anwesend, so dass sie Frau Wildner aufforderte, ihren eigenen Bereich Gleichstellung hier vorzustellen.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, sprach an, dass ihr Bereich sehr übersichtlich ist. Von der Gliederungsstruktur ist es so, dass auf der Seite 144 die Gesamtübersicht aller Beauftragten zu sehen ist. Auf der Seite 146 ist die Gleichstellung extra aufgelistet und fortfolgend kommen die Beauftragten alle gemeinsam.

Sie rief die **Seite 146 Produkt Gleichstellung** auf. Hier ist alles enthalten, das ist nicht nochmal unterteilt. Sie erläuterte die einzelnen Positionen in ihrem Bereich ausführlich. Zu den bilanziellen Abschreibungen kann sie analog dem Fachbereich Soziales auch nichts sagen, da dies über den Fachbereich Bewirtschaftungs- und Immobilienmanagement läuft.

Frau Haupt dankte für die Ausführungen von Frau Wildner.

Sie sprach an, dass sie Gelegenheit für Anfragen zu dem Haushalt der Beauftragten gibt. Da kein Vertreter aus dem OB-bereich anwesend ist, werden die Anfragen aufgenommen und weitergeleitet. Frau Wildner beantwortet gleich die Anfragen zu ihrem Haushalt.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte zur Seite 146, den Personalausgaben im Bereich Gleichstellung, an. Im Jahr 2013 waren 103.881 Euro drin und dann ist wieder eine Steigerung drin, was bedeutet das?

Frau Wildner antwortete, dass es immer das gleiche Prozedere ist. Diese Zahlen, die hier dargestellt sind, werden nicht von ihr geplant. Es hat in keiner Weise dort Veränderungen gegeben. Die Stelle der Mitarbeiterin, die aus dem Konsolidierungsbereich voriges Jahr rausgegangen ist, die ist geblieben. Es handelt sich hier um eine 30-Stunden-Stelle. Es gibt 1,75 Personalstellen in ihrem Bereich. Sie kann das nicht erläutern. Es gibt immer einen Stichtag 30.06., wo das für das nächste Jahr geplant wird. Wenn die Person beispielsweise zum Stichtag nicht da ist (Langzeiterkrankung, Mütterjahr etc.), wird dies nicht geplant. Dies ist schwierig wenn die Person im nächsten Jahr wiederkommt. Der IST-Stand in diesem kleinteiligen Bereich liegt bei rund 77.000 Euro.

Herr Schachtschneider bestand darauf, dass er das Ergebnis 2013, Ansatz 2014 und Ansatz 2015 haben möchte. Wenn sich nichts verändert hat, sind die Zahlen unverständlich.

Herr Schachtschneider fragte zum drastischen Einsturz bei den Sach- und Dienstleistungen an. Welche Auswirkungen hatte das?

Von 2014 zu 2014 sind hier erheblich weniger Mittel da. Es waren im Jahr 2013 61.123 Euro und in 2014 sind es nur noch 47.801 Euro, Tendenz zu 45.000 in den nächsten Jahren. Wenn 2.700 Euro abgezogen werden, fehlt noch Geld.

Frau Wildner antwortete, dass es sich hier um die Bereiche handelt, die das planen, im Haushalt einstellen und ausführen. Dies entzieht sich ihrem Deckungskreis. In den Sachkosten und Dienstleistungen haben wir die Unterhaltung Grundstücke, bauliche Anlagen, Betriebskosten. Dann kommen die, welche sie bewirtschaftet: Raumausstattung Einrichtungen.

Herr Schachtschneider hinterfragte, ob dies zurückgegangen ist.

Frau Wildner antwortete, dass in dem Bereich, welchen sie bewirtschaftet, sich nichts geändert hat. Die Sachausgaben eigener Veranstaltungen sind die 1000 Euro, die sie abgeben musste.

Herr Schachtschneider stellte eine Bilanzfrage. Die Summen sind unverständlich. Hier sind 20.000 Euro, beim gesamten Sozialbereich 70.000 Euro Abschreibung.

Herr Schachtschneider möchte auf Seite 146 die Zeile 10 Personalaufwendungen und Zeile 12 Aufwendungen und Dienstleistungen, den Sprung von 2013 zu 2014 erklärt haben.

Frau Haupt rief die **Seite 144 Beauftragte insgesamt** auf.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte zu den Personalkosten an, da ist eine sehr hohe Steigerung zu verzeichnen. Das nimmt sie als Frage mit, da sie das erläutern möchte.

Seite 147 alles bei Null.

Seite 149 ist einzeln, ohne die Gleichstellungsbeauftragte.

Seite 150/151

Frau Wildner wies auf Seite 150, Investitionen, hin. Hier sind nur 500,- Euro enthalten, die für ihr Regal sind.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass vor der Behandlung des Haushaltes des Fachbereiches Gesundheit Frau Dr. Gröger diesen Fachbereich mit seinen Aufgaben kurz vorstellt. Danach kann zur Haushaltsbehandlung dieses Fachbereiches übergegangen werden.

Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Fachbereich Gesundheit, stellte den Fachbereich Gesundheit anhand einer Präsentation vor, zu welchem auch das Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung gehört. Diese Präsentation wurde zur Sitzung mit veröffentlicht.

Frau Dr. Gröger verwies darauf, dass der öffentliche Gesundheitsdienst in der Öffentlichkeit nicht immer so wahrgenommen wird und zählte wichtige Aufgabenbereiche davon auf: Trinkwasserproben, Gesundheitserziehung, Impfstoffe, Kinder- und Jugendärztlicher Dienst, Hygiene, Sozialpsychiatrie etc. Sie stellte kurz die einzelnen Abteilungen mit deren Aufgaben vor und sprach an, dass zum Fachbereich auch Koordinatoren gehören, dies sind: ein Koordinator für Gesundheitsberichtserstattung, ein Koordinator für Umweltbezogene Gesundheitsstörungen und eine Psychiatriekoordinatorin, diese sind teilweise in den Abteilungen angegliedert. Sie verwies im Zusammenhang der im Ausschuss thematisierten Asylantenzugänge darauf, dass bei den Einschulungsuntersuchungen dieser Personenkreis ein ärztliches Attest vorlegen muss, dass die Kinder frei von ansteckenden Krankheiten sind, da diese Kinder der Schulpflicht in Deutschland unterliegen.

Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin im Fachbereich Gesundheit, stellte die Abteilung Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung mit deren Aufgaben kurz vor. Sie sprach an, dass jährlich ca. 3000 – 4000 Kontrollbesuche in den Lebensmittelbetrieben

statt. Bei Mängeln oder Verstößen wird entsprechend reagiert, den größten Anteil macht die Hygiene hierbei aus. Sie erläuterte das Verfahren zur Lebensmittelprobe und teilte mit, dass die Untersuchungen beim Landesamt für Verbraucherschutz erfolgen und sie das Ergebnis erhalten. Der zweite Bereich von ihr ist der Veterinärbereich. Dieser umfasst die Tierschutzüberwachung, Tierseuchenbekämpfung, Futtermittelüberwachung. Diese Aufgaben erläuterte sie kurz.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, dankte für die Ausführungen zum Fachbereich Gesundheit und rief die **Behandlung des Haushaltes des Fachbereiches Gesundheit** auf.

Frau Dr. Gröger stellte kurz den Haushalt ihres Fachbereiches anhand einer Präsentation vor, der 0,94 % des gesamtstädtischen Haushaltes ausmacht. Sie sprach an, dass im Fachbereich 91 Mitarbeiter mit 88 Vollzeitstellen beschäftigt werden. Den größten Anteil nehmen im Haushalt analog anderer Bereiche die Personalkosten ein. Von 2014 zu 2015 ist ein Zuschuss auf 588.000 Euro, davon sind 582.000 Euro Personalkosten.

Seite 1073 **Fachbereich Gesundheit**

Keine Anfragen.

Seite 1074/1075 **Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung**

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, fragte zur Seite 1075 Zeile 4 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte an. Der Planansatz ist im Jahr 2014 40.000 Euro und im Jahr 2015 sind es 48.800 Euro. Woher kommt die drastische Erhöhung?

Frau Simon, Controllerin Geschäftsbereich Bildung und Soziales, erläuterte, dass der Fachbereich Gesundheit geprüft hat, wo Erträge leichter regeneriert werden können. Hier sind Teile drin, die doppelt veranschlagt sind, dass muss von der Kämmerei geprüft werden, wenn der Haushalt wieder offen ist. Es gibt einen Stichtag, der Haushalt ist geschlossen, wir sind in der Diskussion. Es muss geschaut werden, wie damit umgegangen wird. Der Fachbereich hatte seine Haushaltssummen ordnungsgemäß eingegeben, dies betrifft einige Bereiche, dies wird noch geklärt.

Seite 1076/1077 **Tierseuchenbekämpfung, -gesundheit und -schutz**

Keine Anfragen.

Seite 1078 - 1080 **Amtsgutachten**

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale), fragte zu dem Röntgengerät an. Die Leistungen werden doch outsourct, wird das dann günstiger und nicht teurer?

Frau Dr. Gröger antwortete, dass diese Frage bereits in verschiedenen Gremien diskutiert worden ist. Es ist so, dass hier nicht von günstiger gesprochen werden kann. Die Leistung muss pro Röntgenaufnahme für eine normale Frontalaufnahme für 17,- Euro bezahlt werden. Bei einer seitlichen Aufnahme, bei unklarem Befund, steigt der Betrag. Das Röntgengerät hat bis 2016 den TÜV und dann wird evtl. die Diskussion wieder neu aufgemacht. Es muss natürlich Personal vorgehalten werden, was Röntgen MTA ist, das hat der Fachbereich, das

ist noch nicht zu Ende diskutiert.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, fragte zu den Gutachten insgesamt an. Sind das alles Pflichtgutachten?

Frau Dr. Gröger antwortete, dass man sich auch mit freiwilligen Gutachten an den Fachbereich wenden kann. Dann muss geschaut werden, ob dafür noch Platz ist und dann ist dies eine Mitteleinnahme.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, machte auf den Antrag ihrer Fraktion im Finanzausschuss aufmerksam, dass eine Gegenüberstellung der Kosten der Gutachten 2014 und die Planung für 2015 vorgelegt wird und das unter der Aufführung der Prioritäten.

Frau Dr. Gröger sprach an, dass ein Großteil der Gutachten schon pflichtig ist. Momentan macht das eine ärztliche Kollegin, diese hat kaum Kapazitäten, um freiwillige Gutachten übernehmen zu können.

Seite 1081 - 1083 Kinder- und Jugendgesundheit

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale), fragte zur Seite 1082 „Veränderung der Schullandschaft, damit Änderung des Untersuchungsrythmus für Kinder in Förderschulen und Landesbildungszentren von 2 auf 3 Jahre. Hat sich hier die Landesgesetzgebung verändert?

Frau Dr. Gröger verwies auf einen Runderlass vom Kultusministerium, der festgelegt hatte, dass die Kinder in Förderschulen aller 2 Jahre gesundheitlich betrachtet werden sollen. Dieser Runderlass ist jetzt ausgelaufen. So dass es für die Förderschulen die gleiche Regelung wie für die Regelschulen auch gibt, in den 3. und 6. Klassen zu untersuchen. Es gibt zunehmend die integrative Beschulung, also gemeinsamer Unterricht, so dass viele der Förderkinder ohnehin in den Regelschulen angegliedert sind.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte, ob in diese Maßnahmen auch die „Zahnboxen“ reinfallen?

Frau Dr. Gröger antwortete, dass diese unter den Bereich Zahngesundheit fallen, aber hier nicht drin sind.

Seite 1084/1085 Gruppenprophylaxe

Keine Anfragen.

Seite 1086 – 1089 Hygiene

Keine Anfragen.

Seite 1090 – 1092 Sozialpsychiatrie

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale), fragte zur Seite 1090, Tabelle, 1. Zeile an.
Ist es realistisch, dass mit weniger Klienten zu rechnen ist?

Frau Dr. Gröger antwortete, dass dies die statistischen Erhebungen sind, die ausschlaggebend waren, dass dies so veranschlagt worden ist. Das ist ohnehin schwer steuerbar. Die Klienten müssen ja erstmal kommen, dies ist ja freiwillig.

Frau Ranft fragte zu den Steigerungen bei Mieten und Pachten an. Der Bereich sitzt doch dann im Objekt Hansering 20. Wie verhält sich das?

Frau Dr. Gröger antwortete, dass der Fachbereich Gesundheit drei Außenstellen hat. Eine Außenstelle ist in der Stendaler Straße, eine in der Paul-Thiersch-Straße und eine im Hansering. Das Objekt Hansering ist kostenintensiver als das, was vorher gemietet worden ist.

Seite 1093/1094 Betreuungsbehörde

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale), fragte zu den erhöhten Personalaufwendungen hat.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass in der Betreuungsbehörde bereits zum Ende 2013/Anfang 2014 auf Grund der wachsenden Aufgaben ein Personalaufwuchs stattgefunden hat. Dieser Bereich ist jetzt auch Gegenstand der Organisationsuntersuchung gewesen, so dass dieses Ergebnis noch offengelassen werden muss. Es war die Rede davon, dass in 2015 Personalbedarf angemeldet werden soll, ob an dem so ist, wird gesehen, wenn das Ergebnis der Organisationsuntersuchung vorliegt. Der erhöhte Personalbedarf entstand auf Grund der umfangreichen Aufgaben und der Änderung des Betreuungsgesetzes zum 01.07.2014.

Seite 1095 ff. Investitionen

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass hier viele Nullen sind. Sie eröffnete die Diskussion für alle Bereiche.

Keine Anfragen.

Seite 1331/1332 Stellenübersicht

Frau Ranft fragte zur Stelle der Drogenbeauftragten und der Fachstelle für Suchtprävention an. Was ist hier strategisch geplant?

Herr Kogge antwortete, dass mit dem Weggang der einen Kollegin diese Stelle gestrichen wurde. In der nächsten Sitzung liegen die Berichte zu den Thematiken vor.

Frau Ranft hinterfragte, ob dies Teil der Organisationsuntersuchung ist.

Dies wurde von Herrn Kogge verneint.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, beendete die Haushaltsdiskussion und wies erneut darauf hin, dass noch offenstehende Fragen schnell an die Verwaltung gehen sollten, damit diese beantwortet werden können. Die Vertreter vom Personal und Immobilienbereich sollen zur nächsten Sitzung eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Haushalt wurde in 1. Lesung beraten.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2015 mit dem Haushaltsplan 2015.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2013 zur Kenntnis.

6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) und des sachkundigen Einwohners Dr. Felix Peter (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets im Bereich Lernförderung
Vorlage: VI/2014/00173**

Frau Haupt, Vorsitzende, sprach an, dass von der Verwaltung die Beantwortung zu der Anfrage vorliegt. Sie fragte, ob Herr Eigendorff und Herr Dr. Peter damit zufrieden sind oder es kurze Rückfragen gibt.

Herr Eigendorff , SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), antwortete, dass die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis genommen wird und ggf. hierzu nachgefragt wird.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), stellte eine Anfrage zum Thema Gesundheit. Ist es richtig, dass eine Zunahme von Geschlechtskrankheiten an den Schulen von Halle zu verzeichnen ist? Er sprach an, dass es viele Gerüchte gibt. Es kleben an seiner Schule seit ca. 4 Wochen Aufkleber zum Händewaschen in den WC, die es vorher nie gab. Direkt mit Verhaltensinstruktionen. Es wurden viele Leute aufgeschreckt, da Gerüchte dazu kursieren. Er hat sich die Fallzahlen zu den Beratungen angesehen und festgestellt, dass Geschlechtskrankheiten zugenommen haben.

Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Fachbereich Gesundheit, antwortete, dass diese Beratungen zusätzlich angeboten werden. Urinuntersuchungen müssen innerhalb 1 Woche

geklärt sein für die Betroffenen. Sie fragte in dem angesprochenem Fall nach, welche Schulen es direkt betreffen soll.

Herr Schachtschneider antwortete, dass dies an Berufsschulen sein soll, speziell soll es den Bereich BBJ und BVJ betreffen. Also da, wo die Schüler angesiedelt sind.

Frau Dr. Gröger nimmt die Frage mit. Sie verwies aber darauf, dass die Beratungen anonym sind und sie keine Auskunft hierzu geben wird.

Herr Schachtschneider sprach an, dass – wenn es an dem ist – den Schulen etwas in die Hand gegeben werden sollte und sei es Seife, da es immer noch die normale Seife ist, welche vorher in den Behältern bereits war. Es beruhigt doch, wenn klare Aussagen dazu vorliegen.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, stellte fest, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung eine Antwort liefern wird.

zu 9 **Mitteilungen**

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass Herr Schachtschneider zu Beginn eine Frage zur Trakehner Straße hatte und Herr Baus unter dem TOP Mitteilungen dazu informieren sollte.

Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales, informierte, dass er nach dem Aufnahmegesetz gesetzlich verpflichtet ist, die Asylanten unterzubringen. Es war alles sehr kurzfristig. Wohnungsangebote waren gleich Null an der Stelle. Alle sagen zwar sie können eine Wohnung anbieten, damit ist aber eine nicht eingerichtete Wohnung gemeint. Es gab nur eine einzige Alternative und das war die Trakehner Straße. Dies wird auch in Altenkirchen in Thüringen so betrieben und er hatte von den Kollegen dort ein positives Feedback zum Anbieter.

Herr Schachtschneider sprach an, dass die Anwohner, die dort in der Nachbarschaft wohnen, sagen, dass der Vermieter dort investiert, weil er dann solvente Mieter hat, sprich die Stadt, die dort zahlt. Die Kritik wurde laut, dass die Wohnungen der Anwohner immer mehr verkommen, weil dort nichts gemacht wird. Da kommt schon wieder so eine Antistimmung auf. Bei den restlichen Blöcken wird wirklich nichts gemacht.

Herr Baus sprach an, dass der Anbieter relativ neu in Halle ist und den Block gekauft hat. Für den Verfall der restlichen Gebäude in der Vergangenheit kann man ihn nicht verantwortlich machen. Er wies darauf hin, dass er die Asylanten unterbringen muss, die der Stadt Halle vom Land zugewiesen werden. Er möchte die Personen auch nicht in einer Turnhalle unterbringen, wie ihm vorgeschlagen wurde. Die Personen sollen menschenwürdig untergebracht werden und eingerichtete Wohnungen erhalten, was wirklich nicht einfach ist.

Herr Schachtschneider fragte nach, ob in der Straße dann im großen Bereich weitergegangen werden soll.

Herr Baus gab zur Antwort, dass er nicht vorhat, dies dort ins Unendliche wachsen zu lassen. Er hat die Prognosen genannt die zu der Thematik stehen. Im Zweifel muss er unterbringen, wenn das Land dies mitteilt. Er hat sich das Problem gemerkt. Er verwies darauf, dass auch 2 Sozialarbeiter vor Ort sind, die man auch ansprechen kann. Er verwies darauf, dass es sich in der Trakehner Straße nicht um Gemeinschaftswohnungen handelt

sondern um ein WG-Wohnen. Jede Wohngemeinschaft hat ihren eigenen Bereich, der auch abgeschlossen ist, mit einem eigenen Mietvertrag. Die Mietverträge sind doch so ausgelegt, dass die Kündigungsfrist einen Monat ist. Er betonte nochmals, dass es keine Gemeinschaftsunterkunft ist, dies bat er entsprechend aufzunehmen.

Weitere Mitteilungen:

Herr Kogge informierte zum „Haus der Jugend“.

In der Neustädter Passage hat dies angefangen. Die beiden Teams U25 arbeiten dort zusammen mit BAFÖG, mit Schuldnerberatern, mit anderen Mitarbeitern der Stadt Halle (Saale) in einem Haus. Die ersten Sprechtag sind gelaufen und die verliefen reibungslos. Es wurde noch keine Eröffnung gemacht, es sollte erst angefangen werden, dort zu arbeiten. Einen Pressetermin zwischen den beiden Vertragspartnern zu finden, war bisher schwierig. Wenn ein Pressetermin zustande kommt, wird dies bekannt gegeben.

Frau Dr. Gröger sprach an, dass auf Grund der Ebola-Fälle verstärkte Nachfragen im Fachbereich Gesundheit angekommen sind. Es gibt einen „Runden Tisch“, an dem mit Rettungskräften, Polizei, Kliniken und dem Fachbereich Gesundheit im Abstand von 3-4 Wochen zusammen gesessen wird. Dort werden die Problemlagen besprochen. Gestellte Fragen werden beantwortet. Es wurde jetzt ein kleiner Katalog erarbeitet, auch zum Verhalten in öffentlichen Gebäuden, da die Mitarbeiter bei ihrer Arbeit hier Kontakt mit Personen aus diesen Ländern haben. Es bestehen Ängste und Verunsicherungen. Es gibt Maßnahmen zum Schutz, die auch den Mitarbeitern in den öffentlichen Gebäuden empfohlen werden. Sollte eine vorsprechende Person krank wirken und eine Reiseanamnese haben oder dies ausdrücken können, dann sollte ein Notarzt gerufen werden. Die Person, die krank erscheint, verbleibt an dem Ort, wo sie sich gerade aufhält und soll in einem kleinen Raum bis zum Eintreffen des Arztes isoliert untergebracht werden. Es sollte der kürzeste Weg gewählt werden, damit es keine Kreuzwege gibt. Alle Personen sind angehalten, möglichst 1 m Abstand zu halten. Das Virus überträgt sich nicht über die Atemluft sondern über Körperflüssigkeiten, also Speichel, Urin etc. Das sollte auch nicht angefasst werden, wenn man nicht entsprechend geschützt ist. Es muss Jemand dafür sorgen, dass außer dem Notarzt keine andere Person Zugang zu der entsprechenden Person erhält. Evtl. Kontaktpersonen müssen erfasst werden und wenn sich der Verdachtsfall erhärtet bzw. begründet müssen diese Personen im weiteren Verlauf vom Fachbereich Gesundheit beobachtet und angewiesen werden, entsprechende Maßnahmen für sich selbst zu treffen. In Halle gibt es nicht direkt einen Flughafen, was die Möglichkeit dieser Ansteckung evtl. steigern könnte, die Landesbehörde ist gut aufgestellt. Es wird gehofft, dass keine Panik ausbricht sondern dies sachlich gesehen wird.

zu 9.1 Vorstellung des Fachbereiches Gesundheit mit seinen Aufgaben

Die Vorstellung des Fachbereiches Gesundheit erfolgte bereits unter dem TOP 5.1. Haushalt, wie zur Feststellung der Tagesordnung festgelegt worden ist. Diese Präsentation wurde zur Sitzung hinterlegt.

**zu 9.2 Maßnahmenplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: VI/2014/00035**

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, bat darum, dass die Verwaltung hierzu kurze Einführungen macht, da auch sachkundige EinwohnerInnen in diesem Ausschuss sind.

Durch die Stadträtinnen **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)** wurde darauf hingewiesen, dass diese Informationsvorlage allen Mitgliedern vorliegt und alles entsprechend nachgelesen werden konnte. Die Vorstellung des Maßnahmenplanes durch die Verwaltung wurde von keinem Mitglied des Ausschusses gewünscht.

Frau Ranft, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass ihre Fraktion dazu einen Antrag gestellt hatte, mit dem sie auf einen Beschluss hinwirken wollten und nicht auf eine Mitteilung. Frau Dr. Brock hat im Jugendhilfeausschuss bereits darauf hingewiesen, dass die Fraktion darauf bestehen werde. Herr Kogge hatte zugesagt, im Stadtrat darauf hinzuwirken und etwas einzubringen.

Herr Kogge äußerte sich dahingehend, dass diese Zusage nicht für die nächste Sitzung aber für den Stadtrat erfolgt.

Frau Ranft hinterfragte, ob dies noch in diesem Jahr erfolgen wird.

Herr Kogge antwortete, dass es die Schwierigkeit gibt, dass Maßnahmen durchgehen. Es muss mit dem Jobcenter ein Gespräch dazu geben, da dort viele Maßnahmen angesiedelt sind. Es gab über viele Monate Abstimmungsbedarf mit dem Jobcenter über die Frage, welche Maßnahmen wir überhaupt veröffentlichen. Zur Bekämpfung von Kinderarmut steht sein Geschäftsbereich nicht allein da, es gibt viele Partner, mit denen man sich abstimmen muss, nicht nur mit dem Jobcenter, auch mit anderen Trägern. Es wird im Stadtrat gebracht, aber nicht zur nächsten Sitzung.

Herr Dr. Peter, SKE, sprach an, dass im Maßnahmenplan aufgeführt wird, dass es eine Zwischenevaluation sein soll. Für ihn ist nicht ersichtlich, was es bisher für Fortschritte gab bei dem Thema und wie diese bewertet werden und die Stadt Nachsteuerungsbedarf hat. Dies gehört zu einer Zwischenevaluation. Dem Text ist eine Auflistung von Maßnahmen zu entnehmen, mehr nicht, wie gehen wir damit um.

Frau Fritzsche, Sozialplanerin, Geschäftsbereich Bildung und Soziales, sprach an, dass dies noch keine Endevaluation ist sondern eine Zwischenbilanz, die hier gezogen wird. Das muss erst alles angeschaut werden. Das Ergebnis wird dann in einem Bericht vorgelegt, wenn es soweit ist.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt den vorliegenden Maßnahmenplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut zur Kenntnis.

zu 9.3 Information zum Schulobstprogramm im Schuljahr 2014/2015

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass die Information zum Schulobstprogramm heute vorliegt. Diese Information resultiert noch aus dem SGGA in der alten Wahlperiode. Heute liegt dies zur Kenntnisnahme vor.

zu 9.4 Themenspeicher

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, sprach an, dass der Themenspeicher den Mitglieder vorliegt. Sie wies nochmals darauf hin, dass der Themenspeicher für die Planung von Themen im SGGA gedacht ist und ergänzt werden kann. Sie möchte die Aufnahme folgender Themen. Im Jahr 2015 soll die Vorstellung der Stiftungen Riebeck und Cyriaci mit eingeplant werden. Da muss geschaut werden, in welcher Sitzung das passen würde. Die Stiftungen kommen immer zu kurz und gehören aber in den SGGA. Weiterhin möchte sie zu dem Checkpoint C die Personen auch mal einladen, evtl. zur Novellierung.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass bei der Behandlung dieses Themas – der Sucht- und Psychiatriebericht hat lange genug auf sich warten lassen - dann die zuständigen Beratungsstellen zu dem Thema dazu kommen sollten. Es sollte fachlich hier diskutiert werden, natürlich unter Zeitbegrenzung. Alle wissen, wir haben ein Problem und dann sollte das alles miteinander im Ausschuss mal fachlich besprochen werden. Da sollte geschaut werden, dass nicht so viele weitere Tagesordnungspunkte zu der Sitzung anstehen, damit ein Zeitrahmen hierfür wäre. Die Themen sollten in einem Fachausschuss richtig besprochen werden, das wäre ihr Wunsch.

Frau Dr. Gröger sprach an, dass es auch eine Fachtagung geben wird. Der Psychiatriebericht ist mit dem Saalekreis erarbeitet worden und die haben den Bericht am 10.11. in ihrem Ausschuss. Danach soll eine Fachtagung zu diesem Bericht stattfinden, so dass fachlich Interessierte hier auch die Möglichkeit haben, fachlich in den Austausch gehen zu können.

Frau Wolff wies darauf hin, dass die Mitglieder hier ehrenamtlich im Ausschuss sitzen und man nicht weiß, ob man dann zu diesem Fachaustausch gehen kann.

Frau Haupt sprach an, dass dies im Themenspeicher mit aufgenommen wird.

Frau Ranft, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach an, dass eine Kurzinformation zum Familienförderungsgesetz hier erfolgen könnte und auch die Thematik Sozialplanung und deren Finanzierung. Das hängt ja alles zusammen. Halle will eine Art Sonderweg gehen, vielleicht kann hier eine Information im Ausschuss mal erfolgen.

Herr Kogge sprach an, dass Halle keinen Sonderweg gehen wird, sondern den Weg geht, den fast Alle gehen. Die Sozialplanung wird an der Stelle abschließend gemacht, dies wurde entsprechend vorbereitet. D.h. das Land hat zu manchen Dingen Empfehlungen ausgesprochen. Bei der Suchtberatung haben wir die volle Summe zu übernehmen. Wobei die Erziehungsberatungsstellen, bei dem Gesetz, was durch die freien Träger mit gestaltet worden ist, eine gewisse Reduzierung der Leistung haben werden. Das wurde vom

Landesgesetz an uns weitergegeben, es muss regelmäßig evaluiert und geplant werden um die entsprechenden Kosen zu verankern. Das heißt nicht, dass es irgendwelche Sonderregelungen geben wird.

Frau Ranft hat gehört, dass die Beratungsstellen ein Netzwerk haben und verhandeln gerade miteinander, wie sie diese integrierte Beratung umsetzen. Sie bittet darum, dass der Ausschuss informiert wird, wenn da Etwas spruchreif ist. Das möchte sie im Themenspeicher haben.

Frau Haupt richtete die Bitte an Frau Schubert, dass diese informiert, wenn diese Thematik mit den Beratungsstellen abgeschlossen ist.

Frau Haupt sprach an, dass die Thematik Sozialticket irgendwann in den Stadtrat muss und vorher muss das auch im Ausschuss behandelt werden.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Tobias Kogge
Beigeordneter

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführer/in